

1

2

3

Wahlprogramm

4

der Dortmunder Freien Demokraten zur Kommunalwahl am 13. September 2020

5

6

7

Raus aus der Krise, rein in die Zukunft:

8

Vorankommen durch eigene Leistung

9 Wir wollen, dass Menschen auf eigenen Beinen stehen und im Leben durch eigene Leistung
10 vorankommen. Wir wollen, dass Dortmund gemeinsam durch eigene Leistung stärker wird –
11 wirtschaftlich und sozial. Dazu brauchen wir eine starke Wirtschaft und zukunftsfähige Ar-
12beitsplätze. Wir treten dafür ein, Hürden für den Mittelstand abzubauen und ein positives
13 Klima für Kreativität, Selbständigkeit und Innovation zu schaffen. Auch kommunal brauchen
14 wir Solidarität mit den Schwachen unserer Gesellschaft. Sozial ist aber nicht, wer allen mög-
15 lichst hohe Sozialleistungen verspricht. Sozial ist, wer die Menschen ermächtigt, ihre eigenen
16 Potenziale auszuschöpfen und zu erweitern.

17 Durch die Corona-Krise ist auch in Dortmund eine wirtschaftlich komplett neue Situation ent-
18 standen: aus einem langanhaltenden Wirtschaftsboom innerhalb weniger Wochen in die
19 schwerste Rezession seit dem 2. Weltkrieg. Die Krise wird erhebliche Langzeit-Folgen haben.
20 Ganze Branchen haben für 2020 mit massiven wirtschaftlichen Schäden und Arbeitsplatzver-
21 lusten zu rechnen - vom Messe- und Kongressgeschäft über Hotels, Gaststätten, Catering und
22 Schaustellern auf Volksfesten bis hin zu Seminaranbietern und Kulturbetrieben. Andere Bran-
23 chen sind betroffen durch die Einkommenseinbußen ihrer Kunden durch Kurzarbeit und wirt-
24 schaftliche Unsicherheit – nicht zuletzt der Einzelhandel und das Handwerk. Die wirtschaftli-
25 che Krise ist zugleich eine soziale Krise, die besonders Selbständige, Geringverdiener und so-
26 zial Schwache besonders trifft.

27 Zur Überbrückung der schlimmsten wirtschaftlichen Schäden hat die Landesregierung aus
28 CDU und FDP in vorbildlicher Weise Soforthilfe für Solo-Selbständige und kleine Unternehmen
29 bereitgestellt. Die NRW-Hilfe ist weit über die Mittel des Bundes hinausgegangen und hat zu-
30 sätzlich Betrieben zwischen 11 und 50 Beschäftigten geholfen.

31 Über die Soforthilfe hinaus muss die Politik zügig an einem neuen Aufschwung arbeiten, damit
32 die Krise schnell bewältigt wird. Die Instrumente dafür haben vor allem Bund und Land. Doch
33 auch die Stadt Dortmund kann und muss dazu ihren Beitrag leisten.

34

35 **Die Corona-Wirtschaftskrise bewältigen**

36 Um insbesondere das Handwerk zu stabilisieren, sind alle bis 2021 vorgesehenen Investitio-
37 nen der Stadt und ihrer städtischen Unternehmen wie geplant durchzuführen. Es ist zu prüfen,
38 welche Investitionen aus Folgejahren vorgezogen werden können. Alle Ausschreibungen müs-
39 sen möglichst mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden, damit auch lokale Unternehmen
40 davon profitieren können.

41 Damit Unternehmen die Einbußen dieses Jahres zumindest teilweise durch Gewinne in den
42 Folgejahren besser ausgleichen können, sollte die Stadt Dortmund ihren Gewerbesteuerhe-
43 besatz für 2021 und 2022 senken, sofern dies nach dann geltendem Landesrecht der Geneh-
44 migungsfähigkeit des Haushalts nicht entgegensteht. Mittelfristig halten wir am Ziel einer
45 möglichst niedrigen Gewerbesteuer fest.

46 Gastronomie und Hotels sind ebenso wie Clubbetreiber und Event-Veranstalter von den
47 Schließungen und Kontaktbeschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie besonders betrof-
48 fen. Zum Ausgleich braucht es für die Zeit danach Erleichterungen für diese Betriebe, damit
49 sie Verluste aus der Pandemie wieder aufholen können.

50 Wir fordern daher von der Stadt Dortmund, bis 2022 auf Sondernutzungsgebühren für Außen-
51 gastronomie komplett zu verzichten. Für private Übernachtungen in Hotels und Pensionen soll
52 die Beherbergungsabgabe (sog. "Bettensteuer") bis 2022 ausgesetzt werden. Die Vergnü-
53 gungssteuer auf Tanzveranstaltungen soll bis 2022 ausgesetzt werden.

54

55 **Weniger Bürokratie, mehr Unternehmertum**

56 Die Dortmunder Politik macht viel, um Start-Ups zu unterstützen. Sobald jedoch das Start-Up
57 irgendwann etabliert ist, schlägt oft die Bürokratie mit ganzer Härte zu. Die Stadtverwaltung
58 sollte weniger verwalten und mehr ermöglichen. In der Tat ist es Aufgabe der Verwaltung, für
59 die Einhaltung von Regeln zu sorgen. Eine liberal geprägte Kommunalpolitik versteht sich aber
60 auch als Serviceleister für die Unternehmen, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Alle Er-
61 messensspielräume wollen wir im Interesse derer ausschöpfen, die Neues entwickeln. Wir
62 wollen, dass Verwaltung nicht nur sagt, was nicht geht, sondern gemeinsam mit den Unter-
63 nehmen an Lösungen arbeitet, wie es gehen kann. Und wollen eine Verwaltung, die immer im
64 Blick hat, dass Kosten für Auflagen und zeitliche Verzögerungen erwirtschaftet werden müs-
65 sen - von den hart arbeitenden Menschen in Dortmund.

66 Unsere Stadt soll noch mehr zur Gründerstadt werden! Wir unterstützen Gründercenter, in
67 denen Start-Ups und junge Unternehmen vereinfacht und unter besten Bedingungen Büro-
68 und Gewerbeflächen anmieten können. Hierbei soll insbesondere geprüft werden, inwieweit
69 Leerstand in der Innenstadt umgenutzt werden kann.

70

71 **Starke Forschung und Wissenschaft**

72 Die Wirtschaftskraft der Zukunft hängt insbesondere von von Wissenschaft und Forschung
73 sowie dem kreativen Austausch mit der Wirtschaft ab. Zudem wollen wir das Fachkräftepo-
74 tenzial, das an den Dortmunder Hochschulen studiert und forscht, stärker in unserer Stadt
75 und unserer Region halten. Wir Freie Demokraten sehen technologischen und wirtschaftli-
76 chen Wandel vorrangig als Chance für unsere Stadt. High Tech in unterschiedlichen Anwen-
77 dungen, IT und digitale Lösungen - in vielen Bereichen ist Dortmund hier schon stark. Gemein-
78 sam mit dem FDP-geführten Innovationsministerium auf Landesebene wollen wir Forschung
79 und Technologietransfer weiter stärken.

80

81 **Digitalisierung und künstliche Intelligenz - der nächste Strukturwandel für Dortmund**

82 Dortmund hat viel Kraft aufgewendet, um den Strukturwandel weg von Kohle und Stahl, hin
83 zu Dienstleistungen und Technologie zu schaffen. Nun steht der nächste tiefgreifende Struk-
84 turwandel vor der Tür: durch Digitalisierung und künstliche Intelligenz. Zahlreiche Arbeits-
85 plätze in Banken und Versicherungen, in der Medienwirtschaft, aber auch in der Logistik und
86 im Transportgewerbe sind über kurze oder lange Sicht in Gefahr. Neue Arbeitsplätze entste-
87 hen in neuen Branchen und Berufen. Gleichzeitig werden sich in vielen Branchen die Arbeits-
88 formen und Arbeitsinhalte erheblich verändern. Diesem Wandel muss die kommunale Ar-
89 beitsmarktpolitik proaktiv im Dialog mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften begegnen.
90 Vor allem die rechtzeitige Neu- und Weiterqualifizierung der Menschen sollte dabei im Mit-
91 telpunkt stehen. Zudem sollten wir die Chancen der Digitalisierung aktiv für neue klimascho-
92 nende und selbstbestimmte Arbeitsformen und für neue Geschäftsideen nutzen, die die Wirt-
93 schaft von morgen bestimmen werden.

94

95 **Recht auf Homeoffice in der Stadtverwaltung**

96 Neue Arbeitsformen sollen in Zeiten der Digitalisierung auch die öffentlichen Arbeitgeber er-
97 möglichen. Deshalb schlagen wir ein Recht auf Homeoffice in der Stadtverwaltung vor: Wenn
98 Beschäftigte keinen Publikumsverkehr haben und ihre Aufgaben auch von zu Hause erledigt
99 werden können, sollen sie mindestens die Hälfte ihrer Arbeitszeit im Homeoffice arbeiten kön-
100 nen. Vergleichbare Regelungen sollten für die öffentlichen Unternehmen getroffen werden.
101 Die Privatwirtschaft hat in der Corona-Krise bewiesen, dass sehr viele Tätigkeiten im Home-
102 office erledigt werden können – mehr als man zuvor dachte.

103

104 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern**

105 Attraktive Unternehmen müssen ihren Beschäftigten eine gute Work-Life-Balance bieten, ins-
106 besondere hinsichtlich der Flexibilität von Arbeitszeiten und Homeoffice-Optionen, wenn dies
107 von der Aufgabe her möglich ist. Darüber hinaus kommt es für die Vereinbarkeit von Familie
108 und Beruf vor allem auf gute Angebote der Kinderbetreuung an. Neben einer ausreichenden
109 Zahl an Betreuungsplätzen, brauchen wir auch eine gute Qualität der frühkindlichen Bildung.
110 Durch das neue Kinderbildungsgesetz hat das Land NRW mit dem liberalen Familienminister
111 sehr gute Bedingungen dafür geschaffen: zusätzlich 1,3 Mrd. Euro jährlich für die Kitas, ein
112 zusätzliches beitragsfreies Kita-Jahr und Anreize für mehr Qualität. Diese guten Bedingungen
113 müssen nun kommunal umgesetzt werden.

114 Wir setzen auf die Vielfalt von Angeboten bei der Kinderbetreuung- z.B. hinsichtlich der pädä-
115 gogischen Konzepte und hinsichtlich der Öffnungszeiten. In jedem Stadtbezirk brauchen wir
116 eine KiTa, die auch Angebote für Eltern in Schichtdienst macht. Und wir müssen auch in Dort-
117 mund endlich die Vorgabe des Kinderbildungsgesetzes ernst nehmen, das Trägervielfalt ver-
118 langt. Frei gemeinnützige und private Anbieter haben es in Dortmund zu schwer. Wir legen
119 wir unseren Schwerpunkt im Rat auf Elterninitiativen, auf frei gemeinnützige und private Trä-
120 ger - auch um mehr Betriebs-KiTs zu ermöglichen.

121

122

123

124 **Globales Denken in der Wirtschaftsförderung**

125 Wirtschaftsförderung muss global denken, Standortmarketing zumindest europäisch. Wir
126 Freie Demokraten wollen Städtepartnerschaften stärker in den Dienst der Wirtschaftsförde-
127 rung, aber auch der Zusammenarbeit für den Klimaschutz stellen. Es muss darum gehen, kon-
128 krete Kooperationsprojekte mit operativ messbaren Zielen zu vereinbaren. Dortmund sollte
129 zudem eine neue Offensive für Städtepartnerschaften im 21. Jahrhundert starten. Die Aus-
130 wahl unserer Partnerstädte folgt noch den Realitäten des letzten Jahrhunderts. Neue Partner-
131 schaften müssen sich entsprechend unserer neuen Wirtschaftsstrukturen entwickeln. Wir
132 sollten neue Partner bei High-Tech- und IT-Standorten suchen. Und wir sollten erkennen, dass
133 Afrika nicht nur unser Nachbarkontinent ist, sondern hier auch Wachstumsmärkte der Zukunft
134 liegen. Dortmund braucht eine afrikanische Städtepartnerschaft – auch aus wirtschaftlichem
135 Interesse.

136

137 **Bessere Vermarktung unserer Stadt**

138 Trotz vieler Image-Kampagnen der Stadt fallen Selbst- und Fremdbild über Dortmund immer
139 noch stark auseinander – gerade was die Lebensqualität von Freizeit, Kultur und Wohnen an-
140 geht. Man gewinnt den Eindruck, dass die bisherigen Anstrengungen oft vorrangig in der ei-
141 genen Stadt wahrgenommen wurden als bei den Zielgruppen außerhalb. Die Zielgruppendefi-
142 nition solcher Imagekampagnen ist unklar, so dass auch konkrete Erfolge schwer messbar
143 sind.

144 Ein einziges Trauerspiel ist die Vermarktung der Dortmunder Museen. Statt sie im Paket vom
145 Fußballmuseum über das Baukunstarchiv und die DASA bis hin zum Industriemuseum Zeche
146 Zollern als attraktiven Grund für Dortmund-Tourismus zu vermarkten, muss man sich Infor-
147 mationen mühsam einzeln zusammensuchen. Selbst viele Dortmunder/innen kennen ihre
148 Museen nicht. Das muss professioneller werden.

149

150 **Chancen der Fachkräfteeinwanderung nutzen**

151 Mit dem neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetz wird die Einwanderung qualifizierter Arbeits-
152 kräfte aus Nicht-EU-Ländern erleichtert. Das begrüßen wir ausdrücklich. Auch die gelungene
153 berufliche Integration vieler junger Geflüchteter zeigt das Potenzial. Der Traum der zuwan-
154 dernden Menschen verbindet sich hier mit den Bedürfnissen unseres Landes nach qualifizier-
155 ten Arbeitskräften. Für diese Menschen brauchen wir eine Willkommenskultur - besonders in
156 den kommunalen Ämtern. Zudem benötigen auch diese Zuwanderer Unterstützung bei der
157 gesellschaftlichen Integration. Die kommunalen Integrationsangebote, die zuletzt sehr stark
158 auf Flüchtlinge mit geringer Qualifikation oder schlechten Deutschkenntnissen ausgerichtet
159 waren, müssen sich auf diese gut qualifizierten Einwanderer einstellen und neue Angebote
160 machen.

161 Wir wollen ausländischen Fachkräften den Start vereinfachen, indem Englisch schnellstmög-
162 lich zur 2. Verwaltungssprache wird. Dazu wollen wir entsprechende Initiativen auf Landes-
163 und Bundesebene ergreifen.

164

165 **Armutszuwanderung innerhalb der EU begrenzen**

166 Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU ist für uns Freie Demokraten ein zentrales Gut. Wir
167 freuen uns über alle EU-Bürger/innen, die in unserer Stadt dauerhaft oder vorübergehend

168 Arbeit finden und zu unserem gemeinsamen wirtschaftlichen Erfolg beitragen. In den EU-Ver-
169 trägen gibt es aber kein Recht auf Einwanderung in die Sozialsysteme. Gemäß den EU-Verträ-
170 gen besteht ein Recht auf Aufenthalt in einem anderen EU-Land nicht, wenn nach sechs Mo-
171 naten keine Aussicht auf Arbeit oder keine ausreichenden finanziellen Eigenmittel vorhanden
172 sind. Sind die Voraussetzungen für einen Aufenthalt nicht erfüllt, soll die Ausländerbehörde
173 den Aufenthalt Betroffener beenden.

174

175 **Fordern und Fördern sowie Inklusion als zentrale Ansätze der Arbeitsförderung**

176 Der Grundsatz des Forderns und Förderns hat sich bei Langzeitarbeitslosen als richtig erwie-
177 sen. Es ist sicherzustellen, dass das Jobcenter ausreichend Personal für die Betreuung hat.
178 Sanktionsmöglichkeiten wollen wir im Rahmen der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts
179 ausschöpfen, wenn Leistungsempfänger/innen ihren Pflichten nicht nachkommen. Für einen
180 eng begrenzten Personenkreis wollen wir Lohnersatzleistungen in Zuschüsse für eine sozial-
181 versicherungspflichtige Tätigkeit umwandeln, wenn diese anders nicht in den ersten Arbeits-
182 markt vermittelbar sind ("Aktiv-Passiv-Tausch").

183 Bei den Qualifizierungsmaßnahmen des Jobcenters und der Bundesagentur muss mehr Qua-
184 lität Einzug halten. Vergaben dürfen sich nicht auf die billigsten Angebote mit schlecht bezahl-
185 ten Dozenten ausrichten. Zudem sollten mehr maßgeschneiderte Einzelmaßnahmen geför-
186 dert werden.

187 Bei Menschen mit bestehender oder drohender Behinderung liegt unser besonderes Augen-
188 merk auf der beruflichen Rehabilitation und Inklusion im ersten Arbeitsmarkt. Diesen Weg der
189 Teilhabe wollen wir seitens der Stadt und des Jobcenters so stark wie möglich unterstützen.

190

191 **Modellversuch Bürgergeld und mehr Entscheidungsfreiheit für die Stadt**

192 Wir wollen Dortmund als Standort für einen Modellversuch des Landes anbieten, Sozialleis-
193 tungen im Sinne eines Bürgergeldes umzugestalten. Nicht die Findigen sollen profitieren, son-
194 dern die Bedürftigen. Das bedeutet, verschiedene steuerfinanzierte Sozialleistungen zusam-
195 menzufassen und zu pauschalieren. Zugleich bedeutet es, dafür zu sorgen, dass von eigenem
196 Hinzuverdienst deutlich mehr als heute bei denen übrigbleibt, die sich z.B. in Teilzeit anstren-
197 gen. Denn wir wollen auch bei Sozialleistungen diejenigen belohnen, die sich im Rahmen ihrer
198 Möglichkeiten anstrengen.

199 Wir möchten, dass die Stadt Dortmund alle innovativen Möglichkeiten nutzt, die die Sozialge-
200 setzbücher für eigene kommunale Entscheidungen bieten. Als ersten Schritt treten wir gegen-
201 über dem Land NRW dafür ein, den Städten die Pauschalierung der Kosten der Unterkunft bei
202 Hartz IV zu ermöglichen. Wir möchten nicht, dass Sachbearbeiter/innen entscheiden, was eine
203 angemessene Wohnung für Hartz-IV-Empfänger/innen ist - das sollen diese im Rahmen ihres
204 Einkommens selbst entscheiden.

205 Außerdem sollte der Bund es mehr Städten ermöglichen, die Betreuung von Langzeitarbeits-
206 losen komplett in die eigene Hand zu nehmen ("Optionskommune"). Wenn diese Möglichkeit
207 erneut geschaffen würde, wollen wir sie für Dortmund nutzen.

208

209

210 **Stadt der Vielfalt: Selbstbestimmt in allen Lebenslagen**

211

212 Die Freien Demokraten stehen für eine Stadt der Vielfalt, in der alle ihre individuellen Lebens-
213 wege und Lebensträume im Rahmen der Rechtsordnung frei leben dürfen. Wir treten aktiv für
214 Selbstbestimmung in allen Lebenslagen ein. Für Bürger- und Menschenrechte und gegen Dis-
215 kriminierung. Für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und gegen politischen oder religiösen
216 Extremismus. Für Weltoffenheit und gegen Nationalismus. Rassismus hat in unserer Stadt kei-
217 nen Platz.

218 Selbstbestimmung ist für uns auch die Leitlinie bei einer Politik für die Schwächeren in unserer
219 Gesellschaft. Wir treten ein für Solidarität in unserer Gesellschaft. Solidarische Unterstützung
220 darf aber nicht in Bevormundung umschlagen. Jedes städtische Angebot muss sich daran mes-
221 sen lassen, ob es individuelle Wahlfreiheit und größtmögliche Handlungsfreiheit für die ein-
222 zelne Bürgerin bzw. den einzelnen Bürger im Rahmen der individuellen Möglichkeiten gewähr-
223 leistet.

224 Wir Freie Demokraten wollen die Kreativität und Kultur in unserer Stadt weiter voranbringen
225 – gerade wenn sie außerhalb etablierter Institutionen entsteht.

226

227 **Demokratische Teilhabe stärken**

228 Transparenz und Aufklärung sind die wichtigsten Grundsteine für die Meinungsbildung und
229 Entscheidungsfreiheit der Menschen in unserer Stadt - gerade für uns Liberale. Deshalb for-
230 dern wir eine Live-Übertragung der öffentlichen Sitzungen des Rates und Anhörungen seiner
231 Ausschüsse im Internet. So kann jede Bürgerin und jeder Bürger jederzeit bequem und trans-
232 parent verfolgen, wie die Interessen im Rat vertreten werden (oder nicht).

233 Wir Freie Demokraten in Dortmund streben an, in der nächsten Legislaturperiode ein Konzept
234 zur Etablierung eines Jugendparlaments durch die Stadt Dortmund entwickeln zu lassen. Wir
235 glauben daran, dass ein solches Jugendparlament ein sinnvolles Instrument zur Partizipation
236 für junge Menschen sein kann, weshalb wir diesem Gremium auch ein Antragsrecht zum
237 Stadtrat einräumen wollen.

238

239 **Extremismus bekämpfen**

240 Wir Freie Demokraten in Dortmund treten für die offene und vielfältige Gesellschaft ein. Der
241 Rechtsextremismus ist derzeit die größte Bedrohung der offenen Gesellschaft in Dortmund.
242 Wir begrüßen die Maßnahmen, die durch die Stadt auf den Weg gebracht wurden. Wir wollen
243 keine rechtsfreien Rückzugsräume für Rechtsradikale bieten. Die Verfolgung von Straftaten
244 sowie verfassungsfeindlicher Aktivitäten und die Prävention - gerade im Bereich Jugendlicher -
245 müssen Hand in Hand gehen. Neben der aktuell vorrangigen Aufgabe, den Rechtsextremismus
246 zu bekämpfen, dürfen wir auf keinem Auge blind sein. Auch linksextreme Gewalttäter und
247 religiöse Fanatiker bedrohen unsere Freiheit. Präventionsaktivitäten müssen alle Formen des
248 politischen Extremismus bearbeiten.

249

250

251

252 **Toleranz gegenüber unterschiedlichen Religionen und Werten**

253 Dortmund war und ist eine tolerante Stadt. Dazu gehört auch die Toleranz gegenüber unter-
254 schiedlichen Religionen und Werten. Nicht-Gläubige, Moslems, Juden, Christen und Angehö-
255 rige anderer Religionen – sie alle gehören zu unserer Stadtgesellschaft und sind von der Politik
256 gleichwertig zu behandeln. Dabei ist Toleranz für alle keine Einbahnstraße. Wer etwa religiöse
257 Toleranz einfordert, darf nicht andere wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Kleidung
258 mit religiösen Begründungen diskriminieren. Wir werden es nie akzeptieren, wenn Frauen we-
259 gen ihres Kopftuchs oder wegen ihrer angeblich zu freizügigen Kleidung angegriffen werden.
260 Wir werden es nie akzeptieren, wenn Antisemitismus oder Homophobie unter dem Deckman-
261 tel von Religion propagiert werden. Unsere Kommunalpolitik orientiert sich in all ihren Aktivi-
262 tätigkeiten an den republikanischen Werten unserer Verfassung. Wir unterstützen den interreligiö-
263 sen Dialog in Dortmund, sichern die Religionsfreiheit auch beim Bau von Gotteshäusern und
264 schützen zugleich das freie Leben von Gläubigen und Nicht-Gläubigen vor religiös motivierter
265 Diskriminierung.

266

267 **Menschenrechte bei den Städtepartnerschaften stärken**

268 Liberale Politik tritt für die Menschenrechte weltweit ein. Deshalb wollen wir auch Menschen-
269 rechte in den Dortmunder Städtepartnerschaften stärken. Ein kritischer Dialog ist nicht immer
270 einfach, aber wenn eine Partnerschaft etwa mit Städten in Russland, der Türkei oder China
271 Sinn machen soll, ist ein Bekenntnis zu Freiheit und Menschenrechten und deren Einhaltung
272 für eine solche Partnerschaft unabdingbar. Das gilt eben nicht nur für die Bundesregierung,
273 sondern auch für die Städte unseres Landes.

274

275 **Vielfalt und Chancengleichheit in der Arbeitswelt**

276 Wir Freie Demokraten stehen für Chancengerechtigkeit – unabhängig von Geschlecht, Her-
277 kunft und Hautfarbe, unabhängig von sexueller Orientierung und Identität, unabhängig von
278 Alter und Religion, mit und ohne Behinderung. Wir begrüßen die Aktivitäten der Stadt Dort-
279 mund zum Diversity Management, also Maßnahmen, die Vielfalt in der Arbeitswelt wertschät-
280 zen und fördern. Ein guter Anfang ist gemacht, wir möchten ihn aber weiter gehen. Es muss
281 sowohl in der Stadtverwaltung wie auch den großen Unternehmen konsequent und aktiv an
282 der Förderung von Vielfalt gearbeitet werden. Die Stadt soll zudem gemeinsam mit den Ver-
283 bänden der Wirtschaft mittelständische Unternehmen für die Förderung vielfältiger Teams in
284 der Personalentwicklung begeistern und unterstützen. Das ist nicht nur im Interesse von bis-
285 her diskriminierten Gruppen. Es ist im Interesse aller, denn vielfältige diskriminierungsfreie
286 Betriebe sind oft kreativer und bringen die Wirtschaft insgesamt voran.

287 Zudem sollten aktive Senioren im Rentenalter – sei es als Arbeitnehmer/innen und Selbstän-
288 dige oder als aktive Ehrenamtler/innen – ebenfalls in den Blick von Diversity Management
289 genommen werden. Im Alter aktiv zu sein, nutzt nicht nur diesen Menschen, sondern erhält
290 auch wichtige Kompetenzen und Einsatzkraft für unsere Gesellschaft.

291

292 **Rollenvielfalt und gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern**

293 Die Freien Demokraten stehen für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in
294 Wirtschaft und Gesellschaft. Grundvoraussetzung dafür ist es, schon in Kitas, Schulen und

295 Jugendarbeit darauf hinzuwirken. Im Rahmen der Möglichkeiten der Kommune wollen wir
296 Rollenklischees aufbrechen, vielfältige Talente unabhängig vom Geschlecht entwickeln und
297 auch Schülerpraktika unabhängig von gängigen Rollenbildern fördern. Mädchen und Frauen
298 aus zugewanderten Familien bedürfen dabei besonderer Aufmerksamkeit. Sie sollten in den
299 Schulen und Tageseinrichtungen Vertrauenspersonen haben, an die sie sich wenden können.

300 Für gleichberechtigte Teilhabe unabhängig vom Geschlecht ist eine gute Vereinbarkeit von
301 Familie und Beruf eine Grundvoraussetzung. Neben guter Kinderbetreuung und Homeoffice-
302 Möglichkeiten ist auch die gesellschaftliche Akzeptanz zu stärken, dass Männer den Hauptteil
303 von Elternzeit übernehmen oder in Teilzeit arbeiten. Diese Akzeptanz wollen wir gerade in der
304 Stadtverwaltung und den städtischen Unternehmen durch ein ganzheitliches Diversity Ma-
305 nagement fördern.

306 Zudem muss die Stadt Dortmund mit gutem Beispiel vorangehen, wenn es um Frauen in Vor-
307 ständen und Aufsichtsräten von städtischen Unternehmen und deren Beteiligungen geht. Hier
308 gibt es erheblichen Nachholbedarf. Bei gleicher Qualifikation, Leistung und Erfahrung wollen
309 wir daher vorrangig Frauen in diese Positionen berufen. Wir unterstützen hier und auch im
310 mittleren Management flexible Zielvorgaben, aber keine festen Quoten.

311

312 **LSBTI-Politik in Dortmund**

313 Wir freuen uns, dass sich Dortmund in den letzten Jahren zu einer der engagiertesten Städte
314 entwickelt hat, wenn es um das Leben von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans* und Inter-
315 sexuellen (LSBTI) geht. Das liberal geführte NRW-Familienministerium und die Stadt Dort-
316 mund unterstützen nachhaltig wichtige Projekte der LSBTI-Community. Das wollen wir fort-
317 führen. Das Schulaufklärungsprojekt SCHLAU und das Jugendzentrum Sunrise leisten hervor-
318 ragende Arbeit für den Abbau von Vorurteilen und die Unterstützung des Coming-Outs von
319 Jugendlichen. Auch das Gesundheitsprojekt „pudelwohl“, welches sich an bi- und homosexu-
320 elle Männer richtet, ist eine wichtige Einrichtung. Wir unterstützen die dauerhafte Finanzei-
321 rung all dieser Projekte. Stärken wollen wir das Engagement für Regenbogenfamilien, LSBTI-
322 Senioren und Transpersonen, aber auch die LSBTI-Dimension für ein effektives Diversity Ma-
323 nagement in der Arbeitswelt. LSBTI-Politik muss Führungsaufgabe bleiben. Deshalb soll die
324 städtische Koordinierungsstelle weiterhin beim Oberbürgermeister angesiedelt sein.

325

326 **Jugendpolitik und Jugendförderung in Dortmund**

327 Dortmund hat eine aktive Jugend. Junge Menschen sollen ermutigt werden ihre Ideen, Wün-
328 sche und Ängste einzubringen und unsere Stadt mitzugestalten. Eine gute Jugendpolitik kann
329 nur diejenige sein, die in den Dialog mit jungen Menschen tritt. Jugendpolitik muss der Jugend
330 jedoch gleichzeitig einen Raum bieten - physisch wie gesellschaftlich. Dazu gehört, Dialogan-
331 gebote zu schaffen und auch in Zukunft Räumlichkeiten durch die Stadt für aktive Jugendver-
332 bände und Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

333 Bestehende Anlaufstellen für junge Menschen bedürfen hier auch in Zukunft die Unterstüt-
334 zung der Stadt Dortmund. Diese bilden einen essentiellen und notwendigen Teil für die Ju-
335 gendhilfe in Dortmund. Insbesondere der Zugang zu Suchtprävention, Angeboten für Mob-
336 bing-Opfer und zu niedrigschwelliger Sexualberatung, die alle Ausprägungen von Sexualität
337 vorurteilsfrei anspricht, ist von besonderer Bedeutung.

338

339 **Selbstbestimmter Gebrauch von Cannabis**

340 Selbstbestimmung von Erwachsenen muss auch beim verantwortlichen Gebrauch von Drogen
341 gelten, sofern ein solch verantwortlicher Umgang bei den entsprechenden Drogen möglich
342 ist. Hier darf Cannabis nicht anders behandelt werden als Alkohol. Das Strafrecht ist kein ge-
343 eignetes Mittel des Gesundheitsschutzes. Wir wenden uns gegen die Kriminalisierung von
344 Cannabis-Konsumenten. Daher fordern wir, einen Modellversuch für Dortmund zu beantra-
345 gen, um die Auswirkungen einer legalen Abgabe von Cannabis an Erwachsene zu erforschen.

346

347 **Alkohol: Gegen die Gängelung von Bürgern**

348 Wir Dortmunder Freie Demokraten sind gegen den „Nanny-Staat.“ Wir sehen keine Notwen-
349 digkeit für temporäre und ortsgebundene Konsum- und Verkaufsverbote von Alkohol. Wir
350 sind der Ansicht, dass sich Ziel und Mittel nicht in einem angemessenen Gleichgewicht befin-
351 den. Junge Partygänger oder Fußballfans bedürfen nicht der Bevormundung, wenn und wann
352 sie sich zum Konsum von Alkohol entschließen. Gleichzeitig muss Menschen, welche durch
353 den Konsum von Alkohol in der Öffentlichkeit Störungen oder Schäden verursachen, durch
354 den Einsatz ordnungsrechtlichen Personals und das Schaffen geeigneter Plätze und Ausweich-
355 räume entgegen getreten werden.

356

357 **Freiheit für die Clubs**

358 Eine lebendige Stadt braucht eine lebendige Clubszene. In der Vergangenheit haben Anwoh-
359 ner-Beschwerden, Lärmschutz und die Umwandlung von Gastronomie-Flächen in Shopping-
360 Center oder Büro-Projekte dieser Lebendigkeit schwere Schläge versetzt. Wir Freie Demokra-
361 ten stehen für eine Stadtentwicklungspolitik, die Flächen für Partys und Clubs ausdrücklich
362 will und mitdenkt. Zum Ausgleich von Corona-bedingten Einnahmeausfällen wollen wir die
363 Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen bis 2022 aussetzen. Und vor allem wollen wir,
364 dass man Menschen tanzen lässt, wann sie es wollen. Die Sperrstunde muss in Dortmund end-
365 gültig aufgehoben werden.

366

367 **Freie Kultur stärken**

368 Dortmund hat großartige Kulturangebote: von Oper und Ballett über Sprechtheater und Kon-
369 zertHaus bis hin zur freien Kulturszene. Sie tragen dazu bei, dass unserer Stadt so lebens- und
370 liebenswert ist. Kultur- und Kreativwirtschaft sind ein Standortfaktor auch für die Wirtschaft
371 insgesamt. Wir wollen die öffentlichen Kulturangebote auf hohem Niveau erhalten und gleich-
372 zeitig der freien Kultur ein stärkeres Gewicht geben. Sie muss nachhaltig unterstützt werden,
373 gerade in und nach der Corona-Krise. Zudem wollen wir die Kulturen Zugewanderten stärker
374 in den Fokus nehmen – nicht nur im Sinne von Folklore aus der alten Heimat, sondern vor
375 allem im Blick auf aktuelle Ausdrucksformen unserer Bürger/innen mit Migrationshinter-
376 grund.

377

378

379 **Weltbeste Bildung für alle**

380 Gerade für Kinder und Jugendliche sind die Bildungschancen vor Ort entscheidend. Wir Freien
381 Demokraten wollen, dass Bildungschancen nicht davon abhängen, woher jemand kommt,
382 sondern wohin der Mensch gehen möchte. Überall schlummern unbekannte Talente, die eine
383 gute Förderung verdient haben. Die Corona-Krise hat hier eins gezeigt: Im Bereich der Digita-
384 lisierung hat die Stadt es als Schulträger jahrelang verschlafen, Lehrer/innen und Schüler/in-
385 nen angemessen mit digitalen Medien auszustatten. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die
386 digitale Infrastruktur unserer Schulen in Dortmund massiv verbessert wird.

387

388 **Eine vielfältige Schullandschaft**

389 Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, sich entsprechend ihrer
390 Begabungen und Talente zu entfalten. Jede und jeder ist anders und braucht eine individuelle
391 Förderung. Wir setzen deshalb auf eine vielfältige Schullandschaft mit unterschiedlichen
392 Schulformen - ob privat oder staatlich - mit einer möglichst hohen Durchlässigkeit. Unser
393 Schulangebot ist bunt und soll es auch bleiben. Wir werden keine Schulform benachteiligen,
394 damit jedes Kind den bestmöglichen Weg für eine gute individuelle Förderung und den eige-
395 nen Aufstieg finden kann. Ausdrücklich gehören für uns dazu auch die Stärkung der Gymna-
396 sien und der Erhalt der Förderschulen.

397

398 **Investitionen in alle Schulen: Programm „Gute Schule 2020“ in Dortmund**

399 Beste Bildung kann nur gelingen, wenn den Schülerinnen und Schülern nicht im wahrsten
400 Sinne des Wortes die Decke auf den Kopf fällt. Wir wollen deswegen die Sanierung und Mo-
401 dernisierung von Schulgebäuden konsequent weiter vorantreiben und so ein modernes Ler-
402 numfeld schaffen. Denn nur, wenn es nicht ins Gebäude regnet und Schüler/innen auch in-
403 takte und saubere Toiletten und gepflegte Gebäude nutzen können, können sie sich aufs Ler-
404 nen konzentrieren. Seife, Handtücher und Desinfektionsmittel sollten auch außerhalb der
405 Coronakrise zum Standard jeder Schule gehören.

406

407 **Schulsport: Mehr Bewegung für die Jugend**

408 Zur besten Bildung gehört auch der beste Schulsport. So können zu viele Kinder bis zur vierten
409 Klasse nicht schwimmen. Bis zur vierten Klasse sollten alle Kinder das Bronze-Schwimmabzei-
410 chen erreichen können. Dafür ist hilfreich, dass nun qualifizierte Aushilfskräfte die Schwimm-
411 lehrer unterstützen dürfen, damit mehr Schwimmunterricht stattfinden kann.

412 Wichtig ist, dass die Schwimmzeiten nicht dadurch unnötig reduziert werden, dass Hallenbä-
413 der schließen und Transportwege zu lang sind.

414 Jede Schule braucht eine Sporthalle mit ausreichender Kapazität oder eine entsprechende Al-
415 ternative in unmittelbarer Nähe.

416 Sporthallen sollen auch der offenen Ganztagschule und den Vereinen zur Verfügung gestellt
417 werden. So ist Breitensport flächendeckend möglich.

418 Wir Freien Demokraten fördern und unterstützen den Schulsport und den Breitensport und
419 begrüßen die Leistungszentren, die es bereits an manchen Schulen gibt.

420

421 **Schule und Digitalisierung: Das Ende der Kreidezeit**

422 ABC und W-Lan in den Schulen sollten eine Selbstverständlichkeit sein. Das ist die Vorausset-
423 zung, damit Bildung in der digitalen Welt ankommen kann. Die Freien Demokraten wollen die
424 Digitalisierung der Bildung vorantreiben und dazu die Mittel des Digitalpaktes zügig und ziel-
425 gerichtet verwenden. Auch weitere Fördermöglichkeiten sollen ausgeschöpft werden, um die
426 Digitalisierung an den Schulen schnellstmöglich umzusetzen.

427 Wir wollen in der kommenden Wahlperiode alle Unterrichtsräume mit digitalen Präsentati-
428 onsmedien ausstatten. Der Overheadprojektor soll ins Museum verbannt werden!

429 Viele Mittel aus dem Digitalpakt der schwarz-gelben Landesregierung sind schon in Dortmund
430 angekommen, nun brauchen wir den stetigen flächendeckenden Ausbau und die Instandhal-
431 tung der vorhandenen technischen Geräte und Software.

432 Alle Förderprogramme, um sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern technische Ge-
433 räte in Krisenzeiten oder bei längeren Krankheiten wenigstens leihweise zu stellen, müssen in
434 Dortmund genutzt werden.

435

436 **Digitale Hausmeister: wenn das Smartboard ein Update braucht**

437 Wir Freie Demokraten wollen digitale Hausmeister/innen für die Schulen. Das technische
438 Equipment braucht viel Wartung und Systempflege, das können Lehrer/innen nicht noch ne-
439 benbei schaffen. Wir brauchen technisch versiertes Fachpersonal vor Ort und an jeder Schule.
440 Ein zentraler Mitarbeiterpool, der erst angefordert werden muss, reicht dafür nicht aus.

441 Sinnvoll wäre es außerdem, das gesamte technische Equipment modular und einheitlich auf-
442 zubauen, um die Technik zu standardisieren.

443

444 **Technik im Unterricht, die funktioniert**

445 Die modernste Technik hilft keinem, wenn sie nicht praktikabler als die alte ist. Dafür braucht
446 es Fortbildungen für die Lehrenden und Hilfen bei der Einbindung in die Lehrpläne. Die Initia-
447 tive der Landesregierung „Logineo“ ist eine Möglichkeit als Plattform für den sicheren Daten-
448 austausch. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass in Dortmund solche Plattformen noch flächen-
449 deckend eingerichtet werden müssen. Denn auch Datensicherheit ist ein wichtiger Aspekt in
450 der Schule, der nicht auf die Lehrenden abgewälzt werden darf.

451

452 **Talentschulen: weil überall Talente schlummern**

453 Die von der FDP-Schulministerin auf den Weg gebrachten vier Talentschulen für Dortmund
454 sind eine große Chance, in den Stadtteilen mit den größten sozialen Herausforderungen echte
455 Signale für beste Bildung zu schaffen. Wir fordern die Stadt Dortmund dazu auf, dieses Kon-
456 zept intensiv zu unterstützen und sich für weitere Dortmunder Talentschulen einzusetzen.

457 Wir setzen uns auch dafür ein, dass Schulen an Standorten mit besonderen Herausforderun-
458 gen gestärkt werden. Wir begrüßen, dass deutlich mehr Lehrerstellen nach einem Sozialindex
459 verteilt werden und es perspektivisch einen schulindividuellen Sozialindex geben soll. Denn
460 auf dem Weg zu mehr Chancengerechtigkeit ist es ein wichtiger Schritt, dass Schulen mit be-
461 sonderen Herausforderungen auch mehr Unterstützung bekommen.

462

463 **Förderschulen und Inklusion: Qualität statt Tempo**

464 Wir setzen uns für den Erhalt der Dortmunder Förderschulen ein. Für uns ist das gleichwertige
465 Nebeneinander von Förder- und Regelschulen entsprechend der Bedürfnisse des Kindes und
466 der Wünsche der Eltern ein wichtiges Ziel.

467 Bei der schulischen Inklusion setzen wir auf Qualität. Das Umsteuern der Landesregierung un-
468 ter Federführung von uns Freien Demokraten bei der Umsetzung der Inklusion war unbedingt
469 notwendig, sodass jetzt endlich Qualität vor Tempo gilt. Denn nur Qualität wird Schülerinnen
470 und Schülern mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf gerecht. Schulen brauchen
471 eine angemessene personelle und strukturelle Ausstattung, damit Inklusion gelingt.

472 Schulen für gemeinsames Lernen sind auf das Fachwissen und die Erfahrung von Sonderpäda-
473 goginnen und -pädagogen angewiesen.

474 Bei den Integrationskräften setzen wir auf qualifiziertes Fachpersonal, das den Bedürfnissen
475 der Kinder und der Schulen gerecht wird. Hier muss die Stadt nachsteuern, um diese Qualifi-
476 zierung sicher zu stellen.

477

478 **Die Grundschulen und ihr Betreuungsangebot: endlich Flexibilität**

479 Bei der Betreuung von Grundschülerinnen und Grundschülern im Rahmen der Offenen Ganz-
480 tagsschule (OGS) setzen wir auf die Entscheidungsfreiheit der Eltern. Deshalb begrüßen wir
481 die durch die aktuelle Landesregierung gestärkte Flexibilität, mit der Eltern nun die Möglich-
482 keit haben, ihre Kinder an einem regelmäßigen, festen Termin oder aufgrund besonderer An-
483 lässe von der Ganztagsbetreuung freistellen zu lassen. So bleibt Freiraum für die Interessen
484 der Kinder und Entscheidungen in der Familie. Wir setzen uns außerdem für einen weiteren
485 Ausbau der Ganztagsplätze ein. Die Zusammenarbeit mit Vereinen im Rahmen des Ganztags
486 wollen wir stärken, denn hier werden die Grundlagen für die späteren Interessen der Kinder
487 gelegt.

488

489 **Schulsozialarbeit: Herausforderungen meistern**

490 Schulsozialarbeit ist eines der wichtigsten Mittel schulischer Betreuung. Ob Einzelfallbetreu-
491 ung in schwierigsten Fällen oder Unterstützung in herausfordernden Klassen, ob Hilfe im Un-
492 terricht oder Begleitung auf Klassenfahrten, die Schulsozialarbeit ist die Instanz, die immer
493 hilft.

494 Wir Freien Demokraten setzen uns zudem dafür ein, die Angebote der Jugendförderung bes-
495 ser mit der Schulsozialarbeit und den Sozialarbeiterstellen an den Schulen zu vernetzen. Wir
496 wollen, dass alle Kinder und Jugendliche Ansprechpartner haben, an die sie sich mit Sorgen
497 und Fragen wenden können und die bei Konfliktsituationen helfen.

498 Wir begrüßen es, dass Schulsozialarbeit Eltern und Kinder dabei unterstützen kann, die För-
499 dermöglichkeiten des Bildungs- und Teilhabepakets tatsächlich zu nutzen. Konkret heißt das,
500 dass durch die Beratung und Unterstützung von Schulsozialarbeit die finanziellen Förderungs-
501 möglichkeiten, beispielsweise für den Mitgliedsbeitrag in einem Sportverein oder der Musik-
502 schule, auch genutzt werden sollen.

503 Wir setzen uns zudem vermehrt für den Einsatz von sogenannten Integrationslotsen ein, wel-
504 che beispielsweise bei Elternsprechtagen vorhandene Sprachbarrieren brechen sollen.

505

506 **Essen für alle: Ein leerer Bauch studiert nicht gerne**

507 Nur, wenn ein Kind satt ist, kann es auch gut lernen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass es
508 ein kostenloses und gesundes Frühstück für alle Grundschüler/innen gibt.

509

510 **Die weiterführenden Schulen: Hauptschulen, Realschulen, Gesamtschule, Gymna-**
511 **sien**

512 Die Freien Demokraten setzen sich für ein Schulangebot ein, das alle weiterführenden Schul-
513 formen umfasst. Die Schulentwicklungsplanung muss sich an der Nachfrage von Eltern sowie
514 Schülerinnen und Schülern orientieren. Außerdem sollte die Schulentwicklungsplanung lang-
515 fristig demographische und stadtplanerischen Veränderungen berücksichtigen. Neubauge-
516 biete brauchen daher auch Planungen für diese Fragen.

517

518 **Eine jüdische Grundschule: Tradition und Moderne**

519 Wir Freien Demokraten unterstützen die Errichtung einer jüdischen Grundschule in Dort-
520 mund. Diese Schule hat eine lange Geschichte in Dortmund, die unterbrochen war und jetzt
521 wiederbelebt werden soll. Wir begrüßen den Bau der Schule nicht nur wegen des überregio-
522 nalen Standortfaktors für Dortmund, sondern auch, weil uns die Wahrung und Fortführung
523 der jüdischen Kultur ein besonderes Anliegen ist. Durch die Nachbarschaft mit der Berswordt-
524 Europa Schule und der Franziskus-Grundschule findet hier gelebte Integration statt.

525

526 **Acht Berufskollegs: ein RBZ für alle**

527 Die Berufskolleglandschaft in Dortmund ist vielfältig und für Außenstehende unübersichtlich.
528 Um Anschlüsse einfacher zu gestalten, wurde als Modellversuch der Zusammenschluss der
529 acht Dortmunder Berufskollegs beschlossen, das Regionale Berufsbildungszentrum RBZ.

530 Das RBZ greift die Herausforderungen der Gegenwart wie Migration, Digitalisierung, Arbeits-
531 welt in allen Facetten auf und hilft Schülerinnen und Schülern dabei, Abschlüsse nachzuholen
532 oder sich weiter zu qualifizieren. Durch die Vielfalt findet man hier besonders lebensnahe und
533 individuelle Lösungen für die Schullaufbahnen aller.

534 Berufskollegs sind ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft. Durch die wirtschaftsnahe
535 und gleichzeitig individuelle Ausrichtung des RBZs hilft dieses Netzwerk dabei, die wirtschaft-
536 liche Zukunft Dortmunds zu sichern. Wir Freien Demokraten unterstützen die Berufskollegs
537 bei ihrem wichtigen Auftrag. Ein Meister ist so viel wert wie ein Master.

538

539 **Frühkindliche Bildung**

540 Bildung fängt bei den Allerkleinsten an. Sie brauchen ein sicheres Zuhause und ein sicheres
541 Umfeld, Geborgenheit und einen sicheren Einstieg in sprachliche Kompetenzen. Sicheres Be-
542 herrschen der deutschen Sprache setzt die Grundsteine für den Erfolg und das Leben in
543 Deutschland und hier bei uns in Dortmund.

544 Hier setzen die Kindergärten und anderen Betreuungsmöglichkeiten an, damit jedes Kind die
545 faire Chance hat, seinen eigenen, erfolgreichen Weg zu gehen und sozialen Aufstieg für alle
546 zu ermöglichen. Trägervielfalt ist auch pädagogische Vielfalt. Dafür bauen wir die frühkindli-
547 che Bildung aus und schaffen damit Lern- und Spielumgebungen für unsere Kleinsten.

548 Um gleiche Chancen für alle zu schaffen, sind die letzten beiden Kindergartenjahre auf Initia-
549 tive des FDP-Familienministers jetzt beitragsfrei.

550 **Kooperationen zwischen Schulen und Wirtschaft**

551 Die FDP setzt sich für stärkere Kooperationen zwischen Unternehmen und Schulen ein, damit
552 Schülerinnen und Schülern schon frühzeitig der Eintritt in das Berufsleben oder eine Berufs-
553 orientierung erleichtert bekommen. Außerdem setzen wir uns für einen unbürokratischen
554 Weg ein, der es Schulen ermöglicht, Persönlichkeiten aus der Wirtschaft ehrenamtlich oder
555 auf Basis einer temporären Beschäftigung in den Unterricht einbinden zu können.

556 Diese Kooperationen sollen auch verstärkt für kommunale Projektstage genutzt werden, wel-
557 che Schulen verstärkt individuell anbieten sollen.

558

559 **Politik für Dortmund, die rechnen kann**

560 Positive äußere Einflüsse wie die vor der Corona-Krise gute Konjunktur sowie niedrige Inflation
561 und Zinsen haben in den letzten Jahren in Dortmund zur Konsolidierung des Haushalts we-
562 sentlich beigetragen. Das gibt jetzt in der Krise auch Luft zum Handeln.

563 Durch die Corona-Krise sind nun in diesem und nächsten Jahr massive Einnahmeausfälle zu
564 erwarten. Gleichzeitig ist die Stadt Dortmund gefordert, ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Be-
565 lebung zu leisten: kurzfristig auf Steuereinnahmen zu verzichten und gleichzeitig stärker in
566 Infrastrukturen zu investieren.

567 Durch das Kommunalschutzpaket der CDU/FDP-Landesregierung greift das Land den Städten
568 massiv in der Krise unter die Arme: zusätzliche Mittel, Unterstützung städtischer Verkehrsbe-
569 triebe, Garantieerklärungen für Kredite und vor allem die Möglichkeit, zwischen 2020 und
570 2025 Corona-bedingte Kredite aufzunehmen, die dann über 50 Jahre schrittweise abgetragen
571 werden können.

572 Die Herausforderung für die nächste Wahlperiode des Rates ist es, in den beiden Jahren nach
573 der Krise auch unter Verzicht auf eine strikte Haushaltskonsolidierung die mittelständische
574 Wirtschaftsstruktur Dortmunds mit ihren wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen zu stärken. So-
575 bald die Situation es zulässt muss der Fokus zurück auf die generationengerechte Konsolidie-
576 rung des Haushalts gelegt werden.

577 Aus unserer Sicht muss 2023 wieder ein ausgeglichener Haushalt erreicht werden. Andernfalls
578 belasten wir über Gebühr die kommenden Generationen mit neuen Schulden und verringern
579 die künftige Handlungsfähigkeit unserer Stadt.

580 Notwendig ist eine realistische, solide Haushaltspolitik im Rahmen einer Politik, die rechnen
581 kann. Sie zielt nach der Krise wieder auf ausgeglichene Etats sowie eine Verringerung der kurz-
582 fristigen Kassenkredite und der langfristigen Schulden. Und auch in der Krise wollen wir Prio-
583 ritäten setzen und das Geld nicht mit der Gießkanne verteilen.

584

585 **Kommunale Steuerlast in der Krise senken**

586 Städtische Abgaben und Gebühren beeinflussen den bundesweiten Standortwettbewerb ne-
587 gativ und sollten zur Stärkung von Arbeitsplätzen nach der Corona-Krise zeitweise gesenkt
588 werden. Damit Unternehmen die Einbußen aus der Corona-Krise zumindest teilweise durch
589 Gewinne in den Folgejahren besser ausgleichen können, sollte die Stadt Dortmund ihren

590 Gewerbesteuerhebesatz für 2021 und 2022 senken. Die Beherbergungsabgabe (sog. "Betten-
591 steuer") sowie die Vergnügungssteuer auf Tanzveranstaltungen sollen bis 2022 ausgesetzt
592 werden. Es sollen in der nächsten Wahlperiode keine neuen Steuern und Gebühren erhoben
593 werden.

594

595 **Wirkungsorientiert wirtschaften und dynamisch haushalten**

596 Der Einsatz finanzieller, technischer und personeller Ressourcen der Stadt muss viel konse-
597 quenter als bisher auf Effizienz ausgerichtet werden. Städtische oder von der Stadt finanzierte
598 Projekte müssen klar definierte Ziele und Vorgaben im Hinblick auf ihr Budget und ihre Wir-
599 kung bekommen, die regelmäßig überprüft werden.

600 Die Freien Demokraten fordern eine Kennzeichnungspflicht für alle Ratsvorlagen, um ver-
601 pflichtende und freiwillige Aufgaben unterscheiden zu können. Alle freiwilligen Ausgaben
602 müssen auf den Prüfstand. Maßnahmen und Projekte aus unterschiedlichen Ressorts mit
603 identischem Ziel sollen zur Kostenkontrolle zusammengefasst werden.

604 Die Stadt Dortmund muss im jeweils laufenden Haushaltsjahr versuchen, in möglichst vielen
605 Fachbereichen die Kosten dauerhaft zu senken und Einsparpotenziale auszuloten.

606 Für ein konkretes Projekt kann z.B. für einen Zeitraum von bis zu zwei Jahren ein Budget an-
607 gespart werden. So können unnötige Geldausgaben kurz vor dem Jahresende vermieden wer-
608 den, nur um das vorhandene Budget auszuschöpfen.

609

610 Der seit Jahren wachsende Anteil der kurzfristigen Liquiditätskredite an der kommunalen Fi-
611 nanzierung, der das volle Ausmaß der Verschuldung verschleiert, muss kontinuierlich um ei-
612 nen verbindlichen Prozentsatz gesenkt werden. Damit werden die Risiken für den Haushalt
613 bei einem Anstieg der Zinsen vermindert.

614

615 **Kommunale Schuldenbremse ab 2023 einführen**

616 Der Kreislauf aus Neuverschuldung, Schattenhaushalten und Liquiditätskrediten muss durch-
617 brochen werden. Das ganze Ausmaß der finanziellen Schieflage der Stadt wird erst deutlich,
618 wenn alle Nebenetats berücksichtigt werden. Schattenhaushalte wie z.B. das Sondervermö-
619 gen „Grundstücks- und Vermögensverwaltungsfonds Dortmund“ oder die mehrfach disku-
620 tierte Ausgliederung des Kanalnetzes, um neue Kredite aufzunehmen, lehnen die Freien De-
621 mokraten ab.

622 Wir befürworten eine kommunale Schuldenbremse. Sie diszipliniert die Ausgabenpolitik und
623 verhindert das Wirtschaften auf Kosten kommender Generationen.

624

625 **Langfristig entschulden – städtische Beteiligungen abbauen**

626 Eine seriöse Finanzpolitik verträgt sich nicht mit risikoreichen Beteiligungen an international
627 agierenden Konzernen wie STEAG und RWE. Diese Unternehmen dienen nicht der kommunalen
628 Daseinsvorsorge.

629 Vergleichbar große Städte wie Dresden oder Düsseldorf haben es vorgemacht: Durch Ent-
630 schuldung ergeben sich neue Spielräume für Investitionen in die Zukunft. Geeignete Mittel
631 sind der schrittweise Verkauf von Beteiligungen der Stadt bzw. städtischer Töchter, z.B. des

632 mehrere hundert Millionen Euro schweren Aktienpakets an der RWE AG, sobald sich die Ak-
633 tienmärkte sich wieder dauerhaft stabilisiert haben.

634 Die Tendenz, als Kommune in vermeintlich lukrative Märkte wie z.B. Energie einzudringen, ist
635 mit hohen Risiken verbunden. Bei privaten Unternehmen finanzieren die Eigner mit ihrem
636 Vermögen das Risiko, in der Kommune muss es der Steuerzahler übernehmen. Deshalb sollte
637 die wirtschaftliche Betätigung der Stadt eng begrenzt sein. Die Zahl der Flächen und Gebäude,
638 welche die Stadt bewirtschaftet, soll reduziert werden. Immobilien, die nicht mehr benötigt
639 werden, sollen verkauft werden

640

641 **Dotierung von Führungspositionen bei städtischen Tochtergesellschaften**

642 Hoch dotierte Versorgungsposten von Kommunalpolitikern bei städtischen Gesellschaften be-
643 schädigen das Ansehen der Kommunalpolitik und der städtischen Unternehmen. Der Ver-
644 gleich mit Unternehmen der Privatwirtschaft schlägt fehl, da die Besetzung oft politisch und
645 nicht nach nachgewiesenen Management-Leistungen erfolgt. Die Vergütung und Altersvor-
646 sorgeregeln sollten daher die Vergütung des Oberbürgermeisters zumindest in den ers-
647 ten Jahren nicht überschreiten, sofern Geschäftsführer und Vorstände direkt aus der Kommu-
648 nalpolitik in die jeweiligen Positionen wechseln.

649

650 **Hundesteuer abschaffen**

651 Die Freien Demokraten setzen sich in Dortmund für die Abschaffung der Hundesteuer ein.
652 Diese Steuern belasten die betroffenen Bürger unnötig und werden von einem hohen Verwal-
653 tungsaufwand begleitet.

654 Alternativ soll verstärkt auf höhere Bußgelder für Vergehen, wie dem nicht Beseitigen von
655 Hinterlassenschaften, gesetzt werden.

656

657 **Service, Sicherheit, Sauberkeit – für einen effektiven und bürgerna- 658 hen öffentlichen Dienst in Dortmund**

659 Unser Leitbild für die Verwaltung ist „ein unkomplizierter Staat.“ Verwaltung muss Dienstleis-
660 ter für die Menschen und Institutionen in Dortmund sein. Dabei sollte der Service-Gedanke
661 stets im Mittelpunkt stehen: Lange und bürokratische Prüf- und Genehmigungsverfahren, füh-
662 ren nicht zu einer höheren Akzeptanz und Wertschätzung der Verwaltung bei den Bürgerinnen
663 und Bürgern. Wir möchten, dass die Prozesse in der Verwaltung transparenter ausgestaltet
664 werden. Wir möchten Verwaltung an ihrem Output für die Bürger/innen messen. Unkoordini-
665 nierte Dauerbaustellen etwa müssen ein Ende haben. Und wir haben in der Corona-Krise ge-
666 sehen, an welchen Stellen die Stadtverwaltung gestärkt werden muss.

667

668 **Digitalisierung der Verwaltung**

669 Die Digitalisierung bietet große Chancen für die Verwaltung der Stadt Dortmund. Erste An-
670 sätze beim Personal- und Organisationsamt sind für uns Freie Demokraten ein guter Anfang
671 aber bei Weitem nicht ausreichend. Gerade im Hinblick auf die digitale Infrastruktur der Stadt
672 setzen wir uns dafür ein, dass Dienste durch die Stadt extern ausgeschrieben werden. Die

673 Beantragung von Genehmigungen – außer in den Fällen, in den gesetzlich die Schriftform vor-
674 geschrieben ist – möchten wir in der Zukunft weitestgehend digital möglich machen.

675

676 **Smart-City**

677 Die bisher getroffenen Smart-City-Ansätze greifen uns als Freie Demokraten noch nicht weit
678 genug. Der digitale Prozess darf sich nicht darauf beschränken, dass Vorgänge von der analo-
679 gen Herangehensweise in die digitale Welt eins zu eins übertragen werden. Der Weg in eine
680 digitale Zukunft bezieht sich auf Prozesse und nicht ausschließlich auf Technik. Aus diesem
681 Grund müssen alle vorhandenen Prozesse kritisch geprüft und dann in digitale Prozesse und
682 Abläufe umgesetzt werden. Das erfordert ein wirkliches Umdenken (sog. Change-Manage-
683 ment), also die Modernisierung der bestehenden Verwaltungsprozesse mit dem Ziel, Bürokratie
684 abzubauen und mit Hilfe der modernen Technik bürgerfreundlich zu gestalten.

685 Um Smart City-Ansätze in Dortmund Wirklichkeit werden zu lassen, fordern die Freien Demo-
686 kraten die umfangreiche Bereitstellung kommunal gesammelter Daten im Rahmen eines Open
687 Data-Projekts. Dabei sind höchste Datenschutzstandards einzuhalten und Datensicherheit zu
688 gewährleisten.

689

690 **Bürger-App**

691 Wir Freie Demokraten in Dortmund möchten für Dortmund eine sog. Bürger-App schaffen.
692 Diese soll als „digitales Bürgeramt“ der zentrale Anlaufpunkt für die Menschen und Institutio-
693 nen in dieser Stadt sein, wenn sie mit der Verwaltung in Kontakt treten möchten. In der Bür-
694 ger-App soll die Möglichkeit bestehen, auf alle Dienste der Stadt zuzugreifen, sei es eine Live-
695 Terminvergabe bei den Bürgerdiensten, Kontakt zum Ordnungsamt oder aber auch Informa-
696 tionen der Stadtentwässerung zu aktuellen Kanalbauarbeiten und deren Dauer. Die Bürger-
697 App soll alle städtischen Angebote bündeln und einfach zugänglich machen. Das Angebot die-
698 ser App soll aber auch ohne Installierung auf einem Endgerät über eine Internetseite abrufbar
699 sein.

700

701 **Personalgewinnung**

702 Vieles in der Verwaltung der Stadt Dortmund funktioniert nicht, weil es an Personal fehlt.
703 Diese Stadt hat in einigen Bereichen der Verwaltung ein großes Personalgewinnungsproblem.
704 Damit die Verwaltung mittel- und langfristig leistungsfähig bleibt, sprechen wir Freie Demo-
705 karten uns für ein systematisches Personalgewinnungskonzept aus. Dieses Konzept sollte da-
706 bei unter anderem gezielt im Bereich der Ingenieurberufe sich mit der Möglichkeit von Stipen-
707 dien befassen, um so Absolventinnen und Absolventen von technischen Studiengängen schon
708 frühzeitig an die Stadt Dortmund zu binden.

709

710 **Besserer Personaleinsatz in der Verwaltung**

711 In den letzten Jahren sind die Wartezeiten für Termine bei den Bürgerdiensten unser Ansicht
712 nach zu lang geworden. Für Spitzenzeiten, in denen ein großer Andrang bei den Bürgerdiens-
713 ten herrscht, sei es in der Berswordthalle oder in den Stadtbezirken, setzen wir uns dafür ein,
714 dass die Stadt im Rahmen ihres Stellenplans sog. „Springer“ vorsieht. Dabei sollen dies Mitar-
715 beiterinnen und Mitarbeiter sein, die in Spitzenzeiten oder in Zeiten von hohen Krankheits-
716 ausfällen in bestimmten, für den Bürger sensiblen Bereichen, einen Ausgleich gewährleisten

717 sollen. Mit Blick auf die anstehende Pensionierungs- bzw. Rentenwelle, sollen diese Mitarbei-
718 terinnen und Mitarbeiter anschließend in dauerhafte Positionen überführt werden. Dies ist
719 für uns ein Ansatz, die Bürgerdienste bürgerfreundlicher auszugestalten.

720

721 **Öffentlicher Gesundheitsdienst**

722 Der öffentliche Gesundheitsdienst hat in den vergangenen Jahren ein Schattendasein in der
723 politischen Aufmerksamkeit und bei der Personalausstattung geführt. Die Corona-Krise hat
724 uns seine wirkliche Bedeutung vor Augen geführt. Wir wollen daher nach Auslaufen der Akut-
725 maßnahmen im Rahmen Corona-Krise die Aufgaben, die Aufgaben und Arbeitsabläufe, die
726 Besetzung und Personalgewinnung sowie Ausstattung und Digitalisierung des Gesundheits-
727 amtes evaluieren, um den öffentlichen Gesundheitsdienst zu stärken.

728

729 **Gesundheit und soziale Dienstleistungen**

730 Die engagierte Arbeit von Ärztinnen, Ärzten und Pflegekräften in den Corona-Krise hat unsere
731 größte Wertschätzung. Wir begrüßen es, dass die Selbstverwaltung im Gesundheitswesen da-
732 bei in Dortmund gut funktioniert hat. Die vielen niedergelassenen Hausärztinnen und Haus-
733 ärzte, Hausärztebund und Kassenärztliche Vereinigung haben dabei einen ausgezeichneten Bei-
734 trag geleistet.

735 Wir Freie Demokraten freuen uns über die positive Entwicklung des Klinikums Dortmund in den
736 letzten Jahren. Gemeinsam mit anderen Krankenhäusern in der Stadt wird hier hervorragende
737 Medizin und Pflege angeboten. Auch die wirtschaftliche Situation hat sich erfreulich entwickelt.
738 Gleichzeitig stehen wir an der Seite der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte und werden da-
739 rauf achten, dass das städtische Klinikum Dortmund nur dort ambulant aktiv wird, wo eine Ver-
740 sorgung durch Niedergelassene nicht ausreichend ist.

741 Für alle sozialen Dienstleistungen gilt für uns: Angebote der Stadt sollten private Anbieter nicht
742 verdrängen oder unangemessen im Wettbewerb um die besten Lösungen benachteiligen.
743 Wenn z.B. das städtische Klinikum Dortmund besondere integrierte Versorgungsmodelle anbie-
744 tet, sollten diese nicht nur für städtische Leistungserbringer offen sein.

745

746 **Kommunales Sicherheitskonzept**

747 Dortmund muss ein sicherer Ort sein. Das von der Stadt Dortmund auf den Weg gebrachte
748 kommunale Sicherheitskonzept ist ein guter Anfang. Dieses Konzept allein reicht jedoch für
749 uns nicht aus. Bei der Sicherung des öffentlichen Raums setzen wir auf Ordnungspartnerschaf-
750 ten, also die verstärkte Zusammenarbeit von Polizei und Ordnungsamt. Wir fordern in diesem
751 Zusammenhang verstärkte gemeinsame Streifen von Polizei und Ordnungsamt. Die personelle
752 und sachliche Ausstattung beider Institutionen muss dem besten Standard entsprechen. Gute
753 Polizeibeamtinnen und -beamte und Beschäftigte des Ordnungsamtes können ihren Job einzig
754 dann gut erledigen, wenn sie höchste Wertschätzung seitens ihres Dienstherrn erfahren.

755

756 **Eine Stadt ohne Angst-Räume**

757 Wir Freie Demokraten wünschen uns eine Stadt ohne Angst-Räume. Dabei fordern wir in die-
758 sem Zusammenhang eine verbesserte Beleuchtung an sog. Angst-Orten der Stadt. Durch eine
759 entsprechende Anpassung von Straßen, Wegen, Unterführungen und Plätzen wollen wir

760 bestehende Gefahrenpunkte beseitigen und verhindern, dass neue Gefahrenpunkte entste-
761 hen. Die Bürger-App kann hier als smarte Lösung dienen, die Stadt auf solche Angst-Räume
762 hinzuweisen. Eine flächendeckende Videoüberwachung lehnen wir Freie Demokraten ab. Ei-
763 ner Videobeobachtung werden wir nur dann zustimmen, wenn es sich bei einem betreffenden
764 Ort um einen Kriminalitätsschwerpunkt handelt, und so die Sicherheit verbessert wird, indem
765 beispielsweise der Polizei ein schnelleres Eingreifen ermöglicht wird.

766

767 **Null Toleranz Clankriminalität**

768 Wir Freien Demokraten begrüßen, dass die Bekämpfung der Clankriminalität durch die aktu-
769 elle Landesregierung zu einem Schwerpunkt geworden ist. Wir sprechen uns dafür aus, die
770 intensive Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen und die klare Null-Toleranz-Strategie fort-
771 zusetzen. Die Bekämpfung von Kriminalität, vor allem der organisierten oder Clan-Kriminali-
772 tät, kann von städtischer Seite insbesondere durch das Vorgehen gegen Schrottimmobilien
773 unterstützt werden. Die Verwahrlosung ganzer Straßenzüge nehmen wir deshalb nicht hin. Im
774 Umgang mit Problemimmobilien brauchen wir eine Gesamtstrategie, bei der alle beteiligten
775 Ämter übergreifend zusammenarbeiten. Klar ist für uns: Rechtsfreie Räume darf es zu keiner
776 Zeit an keinem Ort in Dortmund geben.

777

778 **Hart gegen harte Drogen**

779 Die Freien Demokraten sehen Handlungsbedarf in der Bekämpfung von Kriminalität im Zu-
780 sammenhang mit sog. harten Drogen. Die bisherigen Maßnahmen der Polizei und der Straf-
781 verfolgungsbehörden sind unserer Ansicht nach nicht ausreichend. Es darf sich nicht nur auf
782 die Hintermänner konzentriert werden, sondern auch dort, wo die Drogen sprichwörtlich
783 „vertickt“ werden, soll ein umfassenderes Anpacken erfolgen. Dabei müssen Stadt, Polizei und
784 die Staatsanwaltschaft koordiniert vorgehen. Nur so wird es möglich sein, die Drogenszene
785 dauerhaft zu bekämpfen. Des Weiteren bedarf es besserer Aufklärungs- und Präventionsstra-
786 tegien sowie den bedarfsgerechten Erhalt von Hilfsangeboten für Drogenabhängige. Wir be-
787 fürworten dabei ausdrücklich sowohl Methadon-Substitution als auch das Konzept des Druck-
788 raums.

789

790 **Mehr Sauberkeit in der Stadt**

791 Eine saubere Stadt, ist häufig auch eine sichere Stadt: Wir Freie Demokraten in Dortmund
792 möchten uns dafür einsetzen, dass ein illegales „Loswerden“ von Müll verhindert wird. In Zu-
793 sammenarbeit mit der EDG soll es daher für ganz Dortmund – ähnlich wie in anderen Städten
794 – einen kostenlosen sog. Sperrmülltag geben, an dem die EDG Sperrmüll der Menschen aus
795 den Wohngebieten abholt. Daneben bedarf es in dieser Stadt zur Bekämpfung von Müll
796 schlicht an mehr Mülleimern. Wir sprechen uns zudem dafür aus, auf neue Wertstoffbehälter
797 zu setzen, die bereits vorab digital den Entsorgungsunternehmen mitteilen, wenn diese dro-
798 hen vollständig befüllt zu sein.

799

800 **Baustellen-Management verbessern**

801 Unkoordinierte Dauerbaustellen sind ein weiter bestehendes Ärgernis für die Bürger/innen
802 und die Logistik in Dortmund. Für den kleinen Einzelhandel sind sie teilweise existenzbedro-
803 hend. Maßnahmen zur Straßenerhaltung und Infrastrukturmaßnahmen für Wasser, Energie,
804 Telekommunikation und schnelles Internet sind über einen längeren Zeitraum besser

805 abzustimmen und möglichst zu bündeln. Außerdem muss das Baustellen-Management dafür
806 sorgen, dass die Bauzeiten so kurz wie möglich sind. Es ist nicht hinnehmbar, dass Straßen
807 wochenlang aufgerissen sind, aber nur sporadisch etwas passiert. Dringend verbesserungsbe-
808 dürftig ist die Kommunikation mit den betroffenen Bürger/innen und Unternehmen.

809

810 **Gut Leben und Wohnen in Dortmund**

811 Dortmund ist eine Großstadt. Ähnlich wie in anderen Großstädten hat sich der Wohnungs-
812 markt in Dortmund dynamisch entwickelt. Damit in Dortmund das Wohnen für die Menschen
813 auch zukünftig nachhaltig erschwinglich bleibt, muss der Wohnungsmarkt in Dortmund auch
814 in Zukunft den Anforderungen der Bürger/innen gerecht werden.

815

816 **Private Investitionen**

817 Eine gute Wohnungspolitik für Dortmund macht es aus, dass private Investitionen durch zeit-
818 nahe Baugenehmigungen gefördert werden. Nur zusätzlicher Wohnraum schafft durch ein an-
819 gemessenes Verhältnis von Angebot und Nachfrage dauerhaft bezahlbaren Wohnraum. Eine
820 Verstaatlichung von Wohnungsunternehmen lehnen wir ab, denn sie schafft zunächst erst
821 einmal keinen neuen Wohnraum. Vielmehr müssen wir gerade im Hinblick auf ein „bezahlba-
822 res Wohnen“ dafür sorgen, dass der in Zukunft steigende Bedarf auch gedeckt werden kann.

823

824 **Nachverdichtung vor Flächenverbrauch**

825 Die Dortmunder Freien Demokraten freuen sich über die steigende Zahl an Einwohnern. Dies
826 wird jedoch zur Folge haben, dass zukünftig der Bedarf an Wohnraum immer weiter ansteigen
827 wird. Zur Schaffung neuen Wohnraums sprechen wir als Freie Demokraten uns zunächst dafür
828 aus, dass eine Nachverdichtung vorgenommen wird. Da, wo es in bestehenden Wohngebieten
829 möglich ist, eine Nachverdichtung vorzunehmen, sollte dies zur kurzfristigen Schaffung von
830 Wohnraum stets bevorzugt werden. Aufstockungen von Häusern und Ausbau von Kaltdächern
831 zu Wohnraum müssen schneller und einfacher genehmigt werden können. So wollen wir
832 Frischluftschneisen erhalten und Flächenverbrauch begrenzen. Freiflächen sollten nur dann
833 erschlossen werden, wenn dies zur Schaffung neuen Wohnraums oder wichtiger Arbeitsplätze
834 zwingend erforderlich ist.

835

836 **Klimafreundliche Stadtplanung**

837 Arbeit, Wohnen und digitale Infrastruktur sollen gemeinsam geplant werden, damit mehr
838 Menschen wohnortnah oder von zu Hause arbeiten können. In Neubaubereichen – gerade auf
839 Konversionsflächen - sollen Nahwärmenetze, erneuerbare Energien und Infrastruktur für kli-
840 mafreundlichen Verkehr Standard werden.

841

842 **Klimafreundliche Gebäude**

843 Die energetische Sanierung von Gebäuden ist auf lange Sicht eine der kostengünstigsten Mög-
844 lichkeiten, Energieverbrauch und damit CO₂-Emissionen zu senken. Die Stadt muss hier ihre
845 Anstrengungen verstärken und ihre eigenen Gebäude schneller energetisch sanieren. Dazu
846 gehört nicht nur die Dämmung der Gebäudehülle, sondern auch ein klimafreundliches

847 Konzept der Wärmeversorgung – je nach Gegebenheiten vor Ort durch Steigerung der Ener-
848 greeffizienz, Anschluss an Wärmenetze oder Nachrüstung mit erneuerbarer Wärmeherzeu-
849 gung. Wir unterstützen die Begrünung von Dächern und Fassaden sowie die Nutzung von
850 Dachflächen für die Erzeugung erneuerbarer Energien. Auch Optionen des Urban Gardening
851 sind zu prüfen.

852 All diese Maßnahmen – von der Gebäudesanierung bis zur Begrünung – soll die Stadt für ihre
853 eigenen Gebäude forcieren. Im Blick auf private Gebäudeeigentümer lehnen wir einen Eingriff
854 in die Eigentumsrechte ab, wollen aber einen besseren Dialog der Stadt zu diesen Zielen –
855 sowohl in der Öffentlichkeitsarbeit, der Beratung zu Förderprogrammen von Bund und Land
856 als auch bei konkreten Bauanträgen.

857

858 **Kreatives Wohnen**

859 Wir möchten uns dafür einsetzen, dass bei der Schaffung von Wohnraum auch kreative Ideen
860 die Möglichkeit erhalten, zum Tragen zu kommen. Modulares Wohnen, aber auch sog. Tiny-
861 Houses sollten ihren Platz in unserer Stadt finden. Kreatives Wohnen kann eine große Chance
862 für unsere Stadt sein.

863

864 **Barrierefreiheit und Stadtplanung im demografischen Wandel**

865 Im demografischen Wandel brauchen wir mehr barrierearmen Wohnraum für Senioren und
866 barrierefreie Wohnungen für Menschen mit Behinderung. Nicht nur im Wohnungsbau und bei
867 der Gebäudesanierung muss hierauf gerade seitens öffentlicher und genossenschaftlicher
868 Wohnungsbaugesellschaften hingewirkt werden. Generell muss die Barrierefreiheit unserer
869 Stadt als Grundsatz der Stadtplanung quartiersbezogen weiterentwickelt werden. Auch die
870 Barrierefreiheit kommunikativer Angebote der Stadt soll weiter vorangetrieben werden.

871

872 **Entwicklung des Hafens und Planung vergleichbarer Projekte**

873 Wir Freie Demokraten begrüßen die Bemühungen der Stadt, das Gebiet des Dortmunder Ha-
874 fens weiterzuentwickeln. Bereits die Weiterentwicklung dieser Gebiete in anderen Städten
875 hat gezeigt, wie erfolgreich solche Konzepte sein können. Die konzeptionelle Entwicklung
876 sollte jedoch vor dem Hintergrund bestehender Strukturen und vorhandenen Anliegern stets
877 im Konsens erfolgen. Nicht sinnvoll wäre es, etwaige Konzepte anderer Städte zur Weiterent-
878 wicklung schlicht zu „kopieren“ – vielmehr sollte ein solches Projekt unserer Auffassung nach
879 gerade durch die Bevölkerung getragen werden.

880

881 **Eigenheime**

882 Um jungen Familien auch in Zukunft dauerhaft das Bewohnen eines Eigenheims zu ermögli-
883 chen, muss es das ausgesprochene Ziel der Kommunalpolitik sein, die Grundsteuer möglichst
884 niedrig zu halten.

885

886 **Straßenbaubeiträge**

887 Wir Freie Demokraten in Dortmund setzen uns für eine Abschaffung der Straßenausbaubei-
888 träge des Kommunalabgabengesetzes ein. Nach derzeitigem Kenntnisstand wird eine Erstat-
889 tung von 40% durch ein Förderprogramm des Landes NRW möglich sein. Die Stadt Dortmund

890 sollte in Zukunft den Anteil von 60 % der Kosten selbst übernehmen, statt sie voll den Bürge-
891 rinnen und Bürgern aufzubürden.

892

893 **Freies WLAN, freie Stadt**

894 Wir Freie Demokraten begrüßen die Freifunk-Initiative und ihr ehrenamtliches Engagement.
895 „Freifunk“ kann eine Lösung durch die Stadt Dortmund aber nicht ersetzen. Vielmehr fordern
896 wir die Einrichtung eines freien Cityfunknetzes, wie es in vielen Großstädten üblich ist. Städti-
897 sche Gelder und andere Fördergelder sollten hierauf konzentriert werden. Nur professionelle
898 Einrichtungen können den Anforderungen der Zukunft mit den nötigen Datenmengen gerecht
899 werden. Auch kann so möglichst eine gesamtstädtische und flächendeckende Versorgung si-
900 chergestellt werden. Im Besonderen muss auch an „Hotspots“ Sehenswürdigkeiten die Nut-
901 zung durch viele User gleichzeitig ermöglicht werden – hier gilt: Hotspots an den „Hotspots“.

902

903 **Sportliches Dortmund**

904 Dortmund ist eine Sportstadt. Der Leistungssport von BVB bis zu den Leistungszentren für
905 Leichtathletik, Rudern und Kunstturnen ist ein echter Standortfaktor für die Stadt. Zudem hat
906 der Breitensport eine wichtige Funktion für Gesundheit, Freizeitgestaltung und Integration.
907 Kommerzielle Angebote wie Fitnessstudios und auch der E-Sport gehören für uns dazu. Wir
908 Freie Demokraten unterstützen daher die Sportvereine in der Stadt und wollen ihnen gute
909 Rahmenbedingungen sichern. Sportstätten sind ebenso wie der Schwimmunterricht für Kin-
910 der nachfragegerecht weiterzuentwickeln. Durch die Schaffung von mehr Lehrschwimmfläche
911 möchten wir die Beschulungspflicht einhalten.

912

913

914 **Verkehrswende: Gute und klimafreundliche Mobilität in Dortmund**

915 Unsere Stadt wächst, die Mobilitätsbedürfnisse steigen und gleichzeitig stehen wir vor einer
916 massiven Herausforderung durch den Klimawandel. Wir Freie Demokraten wollen eine effek-
917 tive Verkehrswende hin zu guter und klimafreundlicher Mobilität erreichen. Wir wollen her-
918 vorragende Angebote öffentlicher Mobilität schaffen, individuelle Verkehrsangebote gemein-
919 sam nutzen und Potenziale aller klimafreundlicher Antriebstechnologien nutzen. Dabei setzen
920 wir nicht auf Gängelung der Bürger/innen oder die plumpe Verdrängung des Autos. Wir setzen
921 auf attraktive Angebote, gute Infrastruktur und marktwirtschaftliche Steuerung. Auf eine Ver-
922 kehrswende mit den Menschen – nicht gegen sie.

923

924 **Kapazitäten auf der Schiene**

925 Die Stadtbahn muss die Infrastruktur besser ausnutzen, um mehr Dortmunder/innen auf der
926 Schiene zu befördern. Überfüllte Bahnen motivieren niemanden zum Umstieg. Wir brauchen
927 ein Investitionsprogramm, das die notwendige Leittechnik im Tunnel und das notwendige Wa-
928 genmaterial beschafft - für engere Taktfolgen und längere Züge, wo immer dies machbar ist.
929 Der Betriebsbeginn sonntags und die Taktung in den Abendstunden ist im Bus- und Stadtbahn-
930 Verkehr auf einigen Linien verbesserungsbedürftig.

931

932 **Verlängerte und neue Linien im ÖPNV**

933 Wir unterstützen Überlegungen, das ehemalige Hoesch Spundwandgelände ("Smart Rhino")
934 mit einer Gabelung der U43/U44 anzubinden. Die Technologieparks an der Universität und
935 auf dem neuen Gelände sollen mit einer Verlängerung der H-Bahn verbunden werden. Wir
936 plädieren für den durchgängig zweispurigen Ausbau der oberirdischen Strecken der U43 zwi-
937 schen Brackel und Asseln. Um die Vororte untereinander besser zu erschließen, plädieren wir
938 für die Einrichtung zweier Ringbuslinien. Alternativ oder ergänzend soll der Ausbau der H-
939 Bahn nach Kosten und Nutzen bewertet und ggf. realisiert werden.

940 Die Freien Demokraten setzen sich darüber hinaus für eine Erweiterung des bestehenden
941 Nachtbuskonzepts ein. Hier soll insbesondere unter der Woche eine Erweiterung der Fahr-
942 pläne stattfinden.

943

944 **Ride Sharing - das Update für das Anrufsammeltaxi**

945 Wir wollen eine moderne, digitale Version des Anrufsammeltaxis gerade in den Außenbezir-
946 ken starten. Pläne der DSW, digitale Angebote auf den Innenstadtbereich zu konzentrieren, in
947 dem bereits ein guter ÖPNV besteht, geht an den Mobilitätsdefiziten gerade junger Menschen
948 vorbei.

949

950 **Standards im U-Bahn- und Regionalverkehr**

951 Wir begrüßen, dass die DSW in Kooperation mit den Mobilfunkbetreibern zeitnah an der
952 durchgängigen Verfügbarkeit von Mobilfunk in den Tunneln arbeitet. Über den VRR wollen
953 wir darauf hinwirken, dass bei allen Ausschreibungen für S-Bahn-, Regionalexpress- und Regi-
954 onalbahn-Strecken im Ruhrgebiet WLAN und Steckdosen zum Standard werden - so wie das
955 im RRX und im Sauerland-Netz bereits Realität ist. Um attraktiv für Berufspendler/innen und
956 Geschäftsreisende zu sein, ist die erste Klasse auf allen Strecken zu erhalten, um Arbeitsmög-
957 lichkeiten während der Fahrt abzusichern.

958

959 **Flughafen-Anbindung**

960 Die ÖPNV-Anbindung des Flughafens über den DB-Bahnhof Holzwickede, die Bus-Linie vom
961 Hauptbahnhof und den Bus von Aplerbeck sind für die Abdeckung der ganzen Stadt unzu-
962 reichend. Die östliche Innenstadt und der Stadtbezirk Brackel sollten durch eine neue Buslinie
963 von der U43 in Brackel kostengünstig an den Flughafen angebunden werden.

964

965 **Sicherheit im ÖPNV**

966 Sicherheit und Sauberkeit in den Bahnen und auf den U-Bahn-Stationen inklusive der Vertei-
967 lerebenen müssen gewährleistet werden. Der Sicherheitsdienst muss seine Arbeit auf diese
968 Aufgaben konzentrieren und bei potenziellen Störern und Gewaltbereiten strikt und präventiv
969 einschreiten.

970

971 **Radverkehr sicherer und attraktiver machen**

972 Wir Freie Demokraten in Dortmund begrüßen wir das Ziel der Stadt, in Zukunft zur „Fahrrad-
973 stadt“ werden zu wollen. Hierzu gehört gerade der Ausbau der Radwegenetzes. Eine sinnvolle
974 Vernetzung und die Anbindung einzelner wichtiger Knotenpunkte sollte hier das vorrangige

975 Ziel sein. Der Ausbau des Radwegenetzes soll sich am tatsächlichen Bedarf orientieren. Wich-
976 tiger als Leuchtturm-Projekte im City-Bereich sind für uns Qualitätssicherung und -verbesse-
977 rung der Radwege in der ganzen Stadt. Viele Radwege sind immer wieder unterbrochen,
978 schlängeln sich gefährlich vom Fußweg auf die Straße oder fehlen ganz. Die Menschen werden
979 aber nur dann häufiger das Rad nutzen, wenn es eine sichere Radverkehrsinfrastruktur gibt.

980 Zur sicheren Radverkehrsinfrastruktur gehört schrittweise eine klare und separierte Ampel-
981 schaltung für Radfahrer/innen. Nur bei einer deutlich sichtbaren und separierten Kennzeich-
982 nung von Radwegen sowie einer eindeutigen Verkehrsführung kann verhindert werden, dass
983 sich die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer in die Quere kommen.

984 Die aktuelle Beliebtheit des E-Bikes erfordert einen Ausbau von Ladestationen in der gesam-
985 ten Stadt, um den Bürgerinnen und Bürgern stets eine Möglichkeit zu geben, die Akkus der
986 Fahrräder aufzuladen. Letztlich ist in der Innenstadt eine Verbesserung der Parkmöglichkeiten
987 für Fahrräder bereitzustellen.

988

989 **Straßen und Bürgersteige gut erhalten**

990 Unabhängig, ob man mit dem Auto oder mit dem Bus fährt - die städtischen Straßen müssen
991 in einem guten Zustand sein. Wir legen dabei den Schwerpunkt auf einen guten Erhalt der
992 Fahrbahnen innerhalb der bestehenden Infrastruktur. Das gilt im gleichen Maße auch für Bür-
993 gersteige, die für alle Fußgängerinnen und Fußgänger sicher sein müssen. Im Bereich des Stra-
994 ßenausbaus wollen wir den Bau der Nordspange beschleunigen, um gerade die nördliche In-
995 nenstadt von Verkehr und Immissionen zu entlasten.

996

997 **Parkraumbewirtschaftung statt Park-Verdrängung**

998 Eine Verkehrswende gerade für den Einkaufsverkehr ist ohne eine Reform der Parkraumbewirtschaftung und der Park & Ride Angebote nicht möglich. Solange stundenlanges Parken
999 zum Shopping in der Innenstadt billiger als das Ticket des ÖPNV, werden gerade die Menschen
1000 von außerhalb Dortmunds Park & Ride nicht nutzen. Zugleich lehnen wir die Versuche der
1001 künstlichen Verknappung von Parkmöglichkeiten ohne Alternative für die Bürger/innen ab.
1002

1003 Konkret befürworten wir eine Erhöhung der Parkgebühren innerhalb des Wallrings - sowohl
1004 an den Straßen als auch in den Parkhäusern. Dies soll nach Dauer progressiv geschehen, so
1005 dass Kurzparker nicht betroffen sind. Im Gegenzug sollen Parkgebühren in den Vorort-Zentren
1006 komplett entfallen - auch zur Belebung der Nebenzentren innerhalb der Stadt. Die citynahen
1007 Zonen wie Kaiser- und Saarlandstraße sollen ihre bisherigen Regelungen behalten. Zugleich
1008 soll für die Park&Ride-Parkplätze der DSW eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden
1009 - das Parkticket soll dann für bis zu 5 Personen im City-Bereich als Fahrkarte gelten.

1010

1011 **Infrastruktur für alternative Antriebe**

1012 Zur Verkehrswende gehört auch ein Individualverkehr mit alternativen Antrieben. Wir wollen
1013 politisch sicherstellen, dass sowohl für Elektromobilität als auch für Wasserstoff-Autos ausrei-
1014 chende Lade- bzw. Tankmöglichkeiten vorhanden sind. Dies ist Aufgabe der Privatwirtschaft,
1015 allerdings kann die Kommunalpolitik hier moderieren und zudem sicherstellen, dass die Vo-
1016 raussetzungen im öffentlichen Straßenraum geschaffen werden.

1017 Eine solche Angebotsstrategie ist ein Beitrag, die Politik der Verkehrsbeschränkungen nicht
1018 noch weiterführen zu müssen. Fahrverbote sind nicht unser Weg. Wenn Emissionen durch

1019 alternative Antriebe insgesamt zurückgehen, müssen Verkehrsbeschränkungen wie nach dem
1020 gerichtlichen Vergleich zur Umsetzung der europäischen Immissionsschutzvorgaben über-
1021 prüft und ggf. wieder aufgehoben werden.

1022

1023 **Effizientes Management des Flughafens**

1024 Der Flughafen hat positive Wirkungen für den Wirtschaftsstandort und die Mobilität der Dort-
1025 munder/innen. Gleichzeitig sind zahlreiche Menschen in Dortmund und Unna vom Fluglärm
1026 betroffen. In dieser Abwägung treten wir für den Erhalt des Flughafens im Rahmen der der-
1027 zeitigen Infrastruktur ein. Dauersubventionen auf Kosten der Stadt und der Stadtwerke kön-
1028 nen aber nicht hingenommen werden. Die Flughafengesellschaft muss mindestens ein ausge-
1029 gleichenes operatives Betriebsergebnis erreichen. Die dafür notwendigen Anpassungen bei Be-
1030 tribszeiten und Startbahn-Ausnutzung wurden getroffen. Vor der Corona-Krise waren die
1031 wirtschaftlichen Aussichten des Flughafens erstmals seit langem positiv, doch muss das Ma-
1032 nagement die sich abzeichnende Abhängigkeit von einer dominierenden Fluggesellschaft
1033 durch Diversifizierung vermeiden. Hierauf wollen wir im Aufsichtsrat des Flughafens hinwir-
1034 ken.

1035

1036 **Fernzuganbindung weiter verbessern**

1037 Schnelle und häufige Fernzug-Anbindungen sind der Schlüssel für den Geschäftsreiseverkehr
1038 von und nach Dortmund. Die Dortmunder Kommunalpolitik muss gegenüber der Deutschen
1039 Bahn nachdrücklich für den vordringlichen Ausbau der Engpass-Strecke Dortmund-Münster
1040 eintreten, um den Verkehr Richtung Hamburg zu beschleunigen.

1041

1042 **Verkehrslärm reduzieren**

1043 Verkehrslärm ist eine der größten Umweltbelastungen in den Großstädten. Dortmund hat sich
1044 diesem Thema nicht ausreichend Priorität eingeräumt. Dies zeigt sich schon daran, dass der
1045 Lärmbeirat selten getagt hat. Wir Freie Demokraten wollen das ändern. Die Nutzung von lärm-
1046 minderndem Asphalt, eine bessere Ampelschaltung zur Vermeidung von lautem „Stop and
1047 Go“, die Minderung von Lärm beim ÖPNV und an besonders belasteten Straßen auch örtlich
1048 begrenzte und begründete Geschwindigkeitsbeschränkungen sind Elemente eines konse-
1049 quenten innerstädtischen Lärmschutzprogramms. Flächendeckende Tempo-30-Zonen lehnen
1050 wir dagegen als unverhältnismäßig ab. Im Blick auf den Lärm von Fernstraßen, Bahn- und Flug-
1051 verkehr ist ein regelmäßiger Dialog mit den zuständigen Behörden und Unternehmen über
1052 Verbesserungsmöglichkeiten zu führen.

1053

1054 **Grüner Rechtsabbiegerpfeil**

1055 Zeit, die wir im Stau verbringen, ist verlorene Lebenszeit. Um innerorts die Verkehrssituation
1056 zu verbessern und individuellen Verkehrssituationen gerecht zu werden, fordern wir, ver-
1057 mehrt den grünen Rechtsabbiegerpfeil (Verkehrszeichen 720 „Grünpfeilschild“) einzusetzen.
1058 Konflikte mit dem Radverkehr sind dabei zu berücksichtigen.

1059

1060 **Intelligente Verkehrsleitsysteme**

1061 Stau ist ein riesiges ökologisches und ökonomisches Problem. Zur Reduzierung von Staubil-
1062 dungen ist ein großes Bündel an Maßnahmen notwendig. Eine entscheidende Säule ist für uns
1063 eine Modernisierung von Verkehrsleitsystemen.

1064 Wir fordern die Einführung eines Modellprojekts für intelligente Verkehrsleitsysteme auf stau-
1065 reichen Straßen stadteinwärts (z.B. Hamburger Straße). Genauer soll das System der KI-Am-
1066 peln und/oder „kommunizierende Ampeln“ getestet werden.

1067

1068 **Begrünung von Haltestellen**

1069 Bus- und Bahnhaltstelle sind oftmals ein trostloser Ort. Wir möchten die Attraktivität dieser
1070 Orte stärken und gleichermaßen ökologische Maßnahmen fördern. Durch begrünte Haltstel-
1071 len kann Co2 gebunden und die Stadt optisch attraktiver gemacht werden. Durch die Begrü-
1072 nung darf die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt werden. Dazu soll die Finanzierung im
1073 Idealfall nicht durch den Steuerzahler, sondern private Sponsoringinitiativen passieren.

1074 Wir fordern die Einrichtung von Sponsoring-Partnerschaften für die Begründung von Bus- und
1075 Bahnhaltstellen. Der Sponsor erhält gegen eine verknüpfte Werbebegelegenheit auch die Ver-
1076 antwortung der Pflege der Begrünung.